

In Anbetracht des Königlichen Erlasses vom 25. April 2005 zur Festlegung der Bedingungen für die vertragliche Einstellung in bestimmten öffentlichen Diensten,

Erläßt:

Artikel 1 - Artikel 5 des Ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Wörtern "Artikel 39/73 § 1 Absatz 2;" und den Wörtern "Artikel 74/4bis § 1 Absatz 1 und 3" werden die Wörter "Artikel 46bis;" eingefügt.

2. Artikel 5 wird durch folgende Wörter ergänzt: "Artikel 74/11 § 1 Absatz 3 und 4; Artikel 74/12 §§ 1 bis 3; Artikel 74/17 § 2 Absatz 4 und 5".

Art. 2 - Artikel 6 § 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Ministeriellen Erlasse vom 17. Juni 2009, 20. September 2011 und 17. November 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "Artikel 27 § 2 und § 3 Absatz 3" werden durch die Wörter "Artikel 27 §§ 2 und 3" ersetzt.

2. Die Wörter "Artikel 46bis § 1" werden gestrichen.

3. Zwischen den Wörtern "Artikel 53bis;" und den Wörtern "Artikel 57/30 § 1 Absatz 1 und 5 sowie § 2 Absatz 1 und 3" werden die Wörter "Artikel 54 § 1 Absatz 1;" eingefügt.

4. [Abänderung des niederländischen Textes]

5. Der Paragraph wird durch folgende Wörter ergänzt: "Artikel 74/11 § 1 Absatz 2".

Art. 3 - Artikel 8 desselben Erlasses, abgeändert durch die Ministeriellen Erlasse vom 17. Juni 2009, 20. September 2011 und 17. November 2011, wird durch folgende Wörter ergänzt: "Artikel 74/8 § 1 Absatz 2; Artikel 74/12 § 6; Artikel 74/14; Artikel 74/15 § 1; Artikel 74/16; Artikel 74/17 § 1 und § 2 Absatz 1 bis 3".

Art. 4 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Brüssel, den 25. Juni 2012

Frau M. DE BLOCK

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

N. 2012 — 2379

[C - 2012/14325]

1 JULI 2011. — Koninklijk besluit tot bepaling van de procedure en de modaliteiten voor indienen van de aanvraag en voor het verkrijgen van de toelating tot indienststelling van de subsystemen en de voertuigen. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 1 juli 2011 tot bepaling van de procedure en de modaliteiten voor indienen van de aanvraag en voor het verkrijgen van de toelating tot indienststelling van de subsystemen en de voertuigen - Duitse vertaling (*Belgisch Staatsblad* 26 juli 2011).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

F. 2012 — 2379

[C - 2012/14325]

1^{er} JUILLET 2011. — Arrêté royal fixant la procédure et les modalités d'introduction de la demande et d'obtention de l'autorisation de mise en service des sous-systèmes et des véhicules. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal 1^{er} juillet 2011 fixant la procédure et les modalités d'introduction de la demande et d'obtention de l'autorisation de mise en service des sous-systèmes et des véhicules (*Moniteur belge* du 26 juillet 2011).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

D. 2012 — 2379

[C - 2012/14325]

1. JULI 2011 — Königlicher Erlass zur Festlegung des Verfahrens und der Modalitäten für die Einreichung des Antrags auf Inbetriebnahmegenehmigung und den Erhalt dieser Genehmigung für Teilsysteme und Fahrzeuge

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 1. Juli 2011 zur Festlegung des Verfahrens und der Modalitäten für die Einreichung des Antrags auf Inbetriebnahmegenehmigung und den Erhalt dieser Genehmigung für Teilsysteme und Fahrzeuge.

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

1. JULI 2011 — Königlicher Erlass zur Festlegung des Verfahrens und der Modalitäten für die Einreichung des Antrags auf Inbetriebnahmegenehmigung und den Erhalt dieser Genehmigung für Teilsysteme und Fahrzeuge

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 26. Januar 2010 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Gemeinschaft, Artikel 28 und 31;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 49.433/4 des Staatsrates, das am 20. April 2011 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag Unseres Premierministers und Unseres Staatssekretärs für Mobilität,
Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Einleitende Bestimmungen*

Artikel 1 - Der vorliegende Erlass setzt teilweise die Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Gemeinschaft um.

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter:

1. «Gesetz»: das Gesetz vom 26. Januar 2010 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der Europäischen Gemeinschaft;
2. «neues Vorhaben»: erste Anlage eines oder mehrerer Teilsysteme auf einer bereits bestehenden Infrastruktur oder einer neuen Infrastruktur.

KAPITEL 2 — *Anwendung des Genehmigungsverfahrens zur Inbetriebnahme*

Art. 3 - Im Falle einer Erneuerung, einer Umrüstung oder eines neuen Vorhabens, reicht der Auftraggeber ein Planungsdossier bei der Sicherheitsbehörde ein. Dieses Dossier umfasst eine Beschreibung des Vorhabens. Die Sicherheitsbehörde überprüft den Inhalt des Planungsdossiers innerhalb einer Frist von zwei Monaten.

Art. 4 - Das Planungsdossier enthält die folgenden Elemente:

- eine Beschreibung der Arbeiten und gegebenenfalls eine allgemeine Beschreibung der Bauphasenplanung;
- die Kategorie der Arbeiten (große Umrüstung oder neues Vorhaben);
- die Liste der anzuwendenden TSI;
- die Liste der anzuwendenden technischen Normen und Spezifikationen.

Art. 5 - Im Falle einer Erneuerung, einer Umrüstung oder eines neuen Vorhabens, reicht der Auftraggeber ebenfalls ein vollständiges Dossier (sobald das Vorhaben beendet ist) bei der Sicherheitsbehörde ein.

Art. 6 - Die Sicherheitsbehörde kann im Rahmen der Überprüfung des Dossiers zusätzliche Dokumente oder Informationen beim Auftraggeber einfordern.

Art. 7 - Die Sicherheitsbehörde berücksichtigt im Rahmen der Überprüfung des Dossiers die in der anzuwendenden TSI aufgeführte Umsetzungsstrategie, den Umfang der Arbeiten sowie das Gesamtsicherheitsniveau des betreffenden Teilsystems.

KAPITEL 3 — *Entscheidung hinsichtlich der Anwendung der Inbetriebnahmegenehmigung*

Art. 8 - Gemäß Artikel 29 § 2 des Gesetzes trifft die Sicherheitsbehörde spätestens zwei Monate nach der Einreichung des Planungsdossiers durch den Auftraggeber ihre begründete Entscheidung.

KAPITEL 4 — *Genehmigungsverfahren zur Inbetriebnahme von Teilsystemen*

Art. 9 - Gemäß Artikel 29 § 3 und Artikel 30 des Gesetzes entscheidet die Sicherheitsbehörde, im Falle einer Inbetriebnahmegenehmigung oder einer zwischenzeitlichen Inbetriebnahme, inwieweit die TSI auf das Vorhaben anzuwenden sind und setzt den Auftraggeber darüber in Kenntnis.

Abschnitt 1 — EG-Prüfverfahren einer benannten Stelle und Prüfverfahren für gebräuchliche Sicherheitsvorschriften einer bestimmten Stelle

Art. 10 - Der Auftraggeber reicht, im Falle der Anwendung dieser Vorschriften gemäß Artikel 23 bis 26 des Gesetzes, den Antrag auf Durchführung eines EG-Prüfverfahrens bei einer benannten Stelle und/oder auf Durchführung eines Prüfverfahrens für gebräuchliche Sicherheitsvorschriften bei der bestimmten Stelle ein.

Abschnitt 2 — Modalitäten für die Einreichung des technischen Dossiers bei der Sicherheitsbehörde

Art. 11 - Der Auftraggeber übermittelt der Sicherheitsbehörde ein vollständiges Dossier gemäß Anlage 6 Punkt 4 des Gesetzes.

Falls die anzuwendende TSI einen Punkt nicht deckt oder im Falle fehlender Sicherheitsvorschriften übermittelt er der Sicherheitsbehörde ebenfalls die Elemente, die eine sichere Integration des Teilsystems gemäß Artikel 19 § 3 Nr. 2 des Gesetzes garantieren.

Art. 12 - Das in Artikel 11 des vorliegenden Erlasses genannte Dossier besteht aus einer Papierversion und einer elektronischen Version.

Die elektronische Version muss mit dem Lesesystem der Sicherheitsbehörde kompatibel sein.

Die Sicherheitsbehörde darf andernfalls die erforderliche Software zum Lesen der elektronischen Version auferlegen.

Art. 13 - Der Auftraggeber gibt bei jedem Briefwechsel die in der Zentralen Unternehmensdatenbank gespeicherte Unternehmensnummer oder Unternehmenseinheitsnummer, die Postanschrift, die Telefon- und Faxnummer, die E-Mail-Adresse sowie erforderlichenfalls die Internetseite und alle weiteren nützlichen Informationen an.

Abschnitt 3 — Entscheidung der Sicherheitsbehörde

Art. 14 - Die Sicherheitsbehörde trifft ihre begründete Entscheidung bezüglich der Inbetriebnahme oder der zwischenzeitlichen Inbetriebnahme spätestens vier Monate nach der Einreichung des vollständigen technischen Dossiers durch den Auftraggeber.

KAPITEL 5 — *Genehmigungsverfahren zur Inbetriebnahme von Fahrzeugen*

Art. 15 - Falls eine zusätzliche Inbetriebnahmegenehmigung für der TSI entsprechende Fahrzeuge gemäß Artikel 44 des Gesetzes und für nicht der TSI entsprechende Fahrzeuge gemäß Artikel 48 des Gesetzes erforderlich sein sollte, reicht der Antragsteller ein Dossier bei der Sicherheitsbehörde ein, dessen Inhalt den Artikeln 44 § 3 und 48 § 3 des Gesetzes sowie den Artikeln 12 und 13 des vorliegenden Erlasses entspricht.

Art. 16 - Die Sicherheitsbehörde trifft ihre begründete Entscheidung innerhalb der in den Artikeln 45 und 49 des Gesetzes genannten Fristen.

KAPITEL 6 — *Die Inbetriebnahmegenehmigung*

Art. 17 - Die von der Sicherheitsbehörde ausgestellte Inbetriebnahmegenehmigung enthält mindestens die folgenden Angaben:

- die Kennzeichnung;
- die Referenz des Antrags auf Inbetriebnahmegenehmigung und der Prüferklärungen;
- die Zertifizierungen und Bescheinigungen;
- die Referenz des Teilsystems und/oder Fahrzeugs;
- die möglichen Beschränkungen bezüglich der Inbetriebnahme.

Art. 18 - Nach der Ausstellung der Inbetriebnahmegenehmigung übermittelt die Sicherheitsbehörde das vollständige technische Dossier an den Antraggeber oder Antragsteller. Letztere müssen das Dossier während der gesamten Lebensdauer des Teilsystems und des Fahrzeugs aufbewahren.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen*

Art. 19 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 1. Juli 2011.

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Y. LETERME

Der Staatssekretär für Mobilität

E. SCHOUPPE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE,
K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

N. 2012 — 2380

[C - 2012/11330]

3 AUGUSTUS 2012. — Koninklijk besluit betreffende de organisatie van een jaarlijkse tuinbouwenquête uitgevoerd door de Algemene Directie Statistiek en Economische Informatie

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groot.

Gelet op de wet van 4 juli 1962 betreffende de openbare statistiek, artikel 1^{quinquies}, vernummerd en gewijzigd bij de wet van 22 maart 2006, en artikel 16, gewijzigd bij de wet van 1 augustus 1985;

Gelet op de Verordening (EEG) nr. 1166/2008 van het Europees Parlement en de Raad van 19 november 2008 betreffende enquêtes naar de structuur van de landbouwbedrijven en de enquête naar de productiemethoden in de landbouw en tot intrekking van Verordening (EEG) nr. 571/88 van de Raad;

Gelet op de Verordening (EG) nr. 223/2009 van het Europees Parlement en de Raad van 11 maart 2009 betreffende de Europese statistiek en tot intrekking van Verordening (EG, Euratom) nr. 1101/2008 betreffende de toezending van onder de statistische geheimhoudingsplicht vallende gegevens aan het Bureau voor de Statistiek van de Europese Gemeenschappen, Verordening (EG) nr. 322/97 van de Raad betreffende de communautaire statistiek en Besluit 89/382/EEG, Euratom van de Raad tot oprichting van een Comité statistisch programma van de Europese Gemeenschappen;

Gelet op de Verordening (EG) nr. 543/2009 van het Europees Parlement en de Raad van 18 juni 2009 betreffende gewasstatistiek en houdende intrekking van Verordeningen (EEG) nr. 837/90 en (EEG) nr. 959/93 van de Raad;

Gelet op de Verordening (EU) nr. 1337/2011 van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende Europese statistieken van meerjarige teelten en houdende intrekking van Verordening (EEG) nr. 357/79 van de Raad en Richtlijn 2001/109/EG van het Europees Parlement en de Raad;

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE,
P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

F. 2012 — 2380

[C - 2012/11330]

3 AOÛT 2012. — Arrêté royal relatif à l'organisation d'une enquête horticole annuelle effectuée par la Direction générale de la Statistique et de l'Information économique

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 4 juillet 1962 relative à la statistique publique, l'article 1^{er} *quinquies*, renuméroté et modifié par la loi du 22 mars 2006, et l'article 16, modifié par la loi du 1^{er} août 1985;

Vu le Règlement (CEE) n° 1166/2008 du Parlement européen et du Conseil du 19 novembre 2008 relatif aux enquêtes sur la structure des exploitations et à l'enquête sur les méthodes de production agricole, et abrogeant le Règlement (CEE) n° 571/88 du Conseil;

Vu le Règlement (CE) n° 223/2009 du Parlement européen et du Conseil du 11 mars 2009 relatif aux statistiques européennes et abrogeant le Règlement (CE, Euratom) n° 1101/2008 relatif à la transmission à l'Office statistique des Communautés européennes d'informations statistiques couvertes par le secret, le Règlement (CE) n° 322/97 du Conseil relatif à la statistique communautaire et la Décision 89/382/CEE, Euratom du Conseil instituant un comité du programme statistique des Communautés européennes;

Vu le Règlement (CE) n° 543/2009 du Parlement européen et du Conseil du 18 juin 2009 concernant les statistiques des produits végétaux et abrogeant les Règlements (CEE) n° 837/90 et (CEE) n° 959/93 du Conseil;

Vu le Règlement (UE) n° 1337/2011 du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 concernant les statistiques européennes sur les cultures permanentes et abrogeant le Règlement (CEE) n° 357/79 du Conseil et la Directive 2001/109/CE du Parlement européen et du Conseil;